



„Buchbinder-Zeitung“ teilen wir heute mit, daß die auf Rechnung der Verbandskasse gehende Unterstützung wieder wie in den Vorjahren für Mitglieder aller Beitragsklassen gleichermaßen je 5 Mk. beträgt. Zum Bezug der Weihnachtsunterstützung berechtigt sind alle zum Militär einberufenen Mitglieder, sofern sie mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben, ordnungsgemäß zum Militär abgemeldet sind und am 15. Dezember noch im Militärverhältnis stehen.

Als ordnungsgemäß zum Militär abgemeldet gelten nur diejenigen Mitglieder, deren Mitgliedsbuch nach ihrer Einberufung an uns eingekandt wurde. Als noch im Militärverhältnis stehend sind nur diejenigen Mitglieder zu betrachten, die sich in feindlicher Gefangenschaft befinden, die noch bei ihrem Truppenteil oder im Lazarett sind und die sich auf Urlaub oder als Versprengte in der Heimat aufhalten, ohne ihr Militärverhältnis insoweit gelöst zu haben, daß sie zur Annahme beruflicher Arbeit in der Lage wären. Diejenigen Mitglieder, die vor dem 15. Dezember in Arbeit traten oder sich als arbeitslos meldeten, sind nicht mehr als beim Militär stehend zu betrachten und können die Weihnachtsunterstützung nicht bekommen, auch wenn die Entlassung vom Militär formell noch nicht erfolgt ist.

In den Jahren 1915, 1916 und 1917 nicht erhobene Unterstützung, zu deren Bezug das betreffende Mitglied damals berechtigt gewesen wäre, kann mit der diesmaligen Weihnachtsunterstützung zusammen nachgezahlt werden.

Die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung darf in allen Fällen nur durch die Gau- oder Ortsverwaltung erfolgen, die das Mitgliedsbuch an uns eingekandt hat. Mit der Auszahlung kann am 15. Dezember begonnen werden.

Die Unterstützung für die verheirateten Mitglieder, die dieselbe persönlich nicht in Empfang nehmen können, empfehlen wir an die Frauen derselben auszusuchen. In geeigneten Fällen kann die Unterstützung für unverheiratete Mitglieder unter derselben Voraussetzung wie bei den Verheirateten auch an deren Angehörige ausbezahlt werden. Zusendung der Unterstützung direkt an die außerhalb des Zahlstellenortes sich bei militärischen Formationen befindlichen Mitglieder ist zurzeit kaum möglich. Wir empfehlen deshalb, in der Regel davon Abstand zu nehmen und Zusendung nur dann vorzunehmen, wenn Gewähr für ordnungsgemäße Zustellung an das betreffende Mitglied gegeben ist. Sofern die Auszahlung der Unterstützung zurzeit nicht möglich ist, kann sie bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit erfolgen.

Die Frauen der auswärts beim Militär befindlichen Mitglieder ersuchen wir, sich zur Entgegennahme der Weihnachtsunterstützung bei den Ortsverwaltungen zu melden.

An alle Gau- und Ortsverwaltungen richten wir das Ersuchen, die Weihnachtsunterstützung für unsere Krieger, sofern das irgend möglich ist, aus örtlichen Mitteln etwas zu erhöhen und empfehlen ihnen, auch den beim Feind befindlichen Mitgliedern, die noch keine 52 Beiträge geleistet haben, möglichst eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Die für die Auszahlung notwendigen Formulare werden in den nächsten Tagen zum Versand gebracht. Sie sind von gelber Farbe. Falls sie an dem einen oder anderen Ort nicht spätestens bis 10. Dezember angekommen sind, ersuchen wir um Mitteilung.

2. Die Berichtskarten für das Reichsstatische Amt (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag

für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 30. November in Betracht.

Die Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit sind in den jetzigen bewegten Zeiten von besonderer Bedeutung und werden daher vom Statistischen Amt in der bisherigen Weise fortgeführt. Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse die Beförderung der Postfächer sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die ausgefüllten Berichtskarten sofort an uns eingekandt werden. Diese müssen spätestens am 5. Dezember bei uns eingetroffen sein.

Der Verbandsvorstand.

So kann es nicht weiter gehen.

Wenn es so weiter geht mit dem fürchterlichen Durcheinander im Deutschen Reich, dann werden wir im Innern jede Ordnung verlieren, dem Hunger tobe preisgegeben und zum Spott des Auslandes werden. Wir streben der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu, nicht der Unordnung, in der sich kein reines Gebild gestalten kann.

Nicht gibt es aber in Wirklichkeit keine Ordnung; weder eine anerkannte Regierungsbehörde, noch sonstige Behörden, die einwandfrei ihre Machtbefugnis nachzuweisen vermöchten. Das Faustrecht gilt. Wer einen Kaufmann mit Maschinengewehren, Handgranaten und Gewehren hinter sich zu sammeln vermag, der hat die Gewalt in Händen, der befreit überbelemundete, mit Kriegswunder, Schleichhandel, Raub und Diebstahl beladene Leute aus dem Gefängnis, der befiehlt Trudereien, usurpiert die darin gedruckten Zeitungen, jagt das tariftreue Personal zum Teufel und kommandiert Soldaten und Kavallerie an deren Stelle.

Wir wissen wohl, daß es in der ersten Zeit einer Revolution nicht wie am Schnürchen geht, daß zunächst kraft der revolutionären Macht bestimmende und leitende Körperschaften eingesetzt werden müssen. Und dies waren aus naheliegenden Gründen die Arbeiter- und Soldatenräte, die zu unterstützen auch wir unsere Mitglieder erjucht haben.

Aber sie dürfen nur eine vorübergehende Erscheinung sein, sie müssen schnellsten Körperschaften Platz machen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und gemeinsamen Wahlrechts für alle Menschen beiderlei Geschlechts über 20 Jahre gewählt sind.

„Das freie Wahlrecht ist das Gold, in dem wir siegen, nun wohlan“ — haben wir lange genug mit tiefer Innigkeit gesungen. Wir dürfen diese Programmforderung nun, da wir die Macht haben, sie zu verwirklichen, nicht in den Silberkasten stellen und sie nur bei feierlichen Gelegenheiten als Schaustück anstaunen lassen.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung muß schnellstens, spätestens bis Anfang nächsten Jahres einberufen werden. Die technischen Schwierigkeiten sind zu groß — rufen demgegenüber sehr radikale Leute. Ach, geht uns doch mit ertrennlichen Schwierigkeiten, wenn ihr die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise im Handumdrehen glaubt bewirken zu können.

Wir brauchen schnellstens die Nationalversammlung, um Frieden zu bekommen, denn der Vielverhand hat deutlich genug erklärt, daß er nur mit einer Regierung verhandelt, die durch den Volkswillen getragen wird. Der Volkswille kann aber nur durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Ausdruck gebracht werden.

Wir haben in Deutschland in Wirklichkeit keine Zentralregierung. Denn die Minister oder Volksbeauftragten sind nur vom Berliner Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzt, nicht aber vom übrigen Deutschland anerkannt. Mit Recht erheben daher die Sozialdemokraten in den anderen Landesteilen Einspruch gegen die Berliner Diktatur. Ein bahrtisches Parteiblatt schreibt:

„Im herrlichen Deutschen Reich großpreussischen Willens haben wir lange genug nach der Berliner Weise tanzen müssen, wenigstens jetzt wollen wir deren Willkür nicht mehr vernehmen. Die künftige Verfassung des neuen Deutschlands wird vielleicht um so besser ausfallen, je weniger sie vom

Berliner Zuschnitt an sich hat. Der Ruf: Los von Berlin, der gelegentlich schon vor dem Kriege laut geworden ist, kann durch Versuche, die Rolle von Paris spielen zu wollen, nur verstärkt werden.“

So oder ähnlich läßt es sich nur aus dem Süden, sondern von überall her. Das ist erklärlich, denn es wird in Berlin viel zu viel betretiert und reglementiert und regiert von den Arbeiter- und Soldatenräten.

Früher haben wir mit Recht über die tausend und aber tausend Verordnungen des alten Obrigkeitstaates die Schalen unseres Spottes ausgegossen. Geht es aber in dem jetzigen Tempo weiter, dann werden uns die ungezählten Verordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte wie Rührräder im Kopfe herumgehen, daß wir gleich dem jungen Studenten in Goethes „Faust“ dumm davon werden.

Diktatur bleibt Diktatur, ganz gleich, ob sie von preussischen Junkern oder von Spartakusbündlern ausgeübt wird, ob sie in noch so vielen Sitzungen ausgeschiedet und in noch so vielen Verordnungen oder Richtlinien zur Welt gebracht wird.

Es geht nicht an, daß die Arbeiter- und Soldatenräte einfach betretieren, die Gewerkschaften haben das und jenes zu tun, sie unterziehen unserer Kontrolle, ohne sie auch nur selbst anzuhören. Da hatten die Gewerkschaften ja unter dem alten Regiment mehr Selbstbestimmungsrecht wie unter der neuen Herrschaft.

Das alles mögen einwirken noch Kinderkrankheiten der jungen Revolution sein, allein es sind leider sehr terroristisch und diktatorisch getunte Kreise am Werke, um diese Kinderkrankheiten zu einer dauernden Einrichtung zu machen, um ihre Macht aufrechtzuerhalten.

Und was das schlimmste ist: dies sinnlose und widersprechende Verordnen — was heute verordnet wird, wird morgen vielfach wieder aufgehoben —, bald von dieser, bald von jener Körperschaft, greift mit roher Faust in den fein konstruierten Mechanismus unseres Wirtschaftslebens ein, bindet die Produktion und die allmähliche Heberleitung der privatkapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise vor sich gehen. Nur allmählich und planmäßig kann diese Umwälzung vor sich gehen. Aber den Arbeitern etwas anderes vorredet, der ist eben unerfahren in wirtschaftlichen Dingen oder arbeitet gar mit demagogischen Mitteln, um sich Ruhm bei den urteilslosen Meuten zu verschaffen.

Sozialismus ist höchste politische und wirtschaftliche Organisation. Organisation bedeutet aber auch Unterordnung unter die Weisprüche der Mehrheit. Solche Unterordnung muß unter Umständen erzwungen werden können. Dazu bedarf es einer Macht, die diese Unterordnung bei Widerständigkeit erzwingen kann. Schon Lassalle hat über die liberalen Kalbsköpfe gespottet, die es nicht wahr haben wollten, daß Recht Macht bedeutet; d. h., daß das Recht auch die Macht besitzen muß, sich durchzusetzen. Um diese Wahrheit kommt auch die Deutsche Republik nicht herum, wenn nicht Zugfestigkeit Platz greifen, wenn nicht die politische und wirtschaftliche Organisation zum Herrbild werden soll.

Es ist nicht ein beklagenswerter Zustand einer bestehenden Organisation, daß, demweil das Hungersnotgespenst drohend vor uns aufsteigt, in den östlichen Provinzen, nach der Lage des Volksbeauftragten für Ernährungsweisen, Bumm, Millionen Pentner Kartoffeln in der Erde erfrieren oder verfaulen, weil die Kriegsgesessenen den Dienst besagen und Erntearbeitskräfte nicht herangezogen werden können, obgleich Hunderttausende unserer Soldaten in den Kasernen liegen und die Munitionsbetriebe überflüssige Arbeitskräfte sicher abgeben können.

Der Sozialismus bedarf zu seiner Verwirklichung großer Wirtschaftgebiete, in Preig-Schleiz-Lobenstein kann sich kein Sozialismus entwickeln. Ist es nicht eine Schmach für das große deutsche Volk, wenn nicht nur westlich, sondern auch östlich große Volksteile von ihm abgerissen werden, wenn besonders im Osten für die Volksernährung unbedingt notwendige landwirtschaftliche Ueberflugsgebiete durch kleinere, erst im Entstehen begriffene Wälder abgesprengt werden? Darf der Deutsche unter allen Umständen allein kein Nationalgefühl besitzen?

Erschütterungswelle sind neben den Stimmen für Auflösung des Reiches gerade aus sozialistischen

Preisen Süddeutschlands kräftige Gegenüberstellungen erfolgt, die mit Recht betonten, daß mit der Bereicherung des Reichs auch die Hoffnungen des Sozialismus zu Grabe getragen würden.

Aus diesem Zustand der Ungewißheit müssen wir so bald als möglich heraus, soll nicht das deutsche Wirtschaftsleben völlig in Verfall geraten. So kann es nicht weitergehen.

Darum her mit der Nationalversammlung!

Das graphische Gewerbe unter den neuen Verhältnissen.

Wir geben nachstehend eine kurze Uebersicht darüber, in welcher Weise sich das graphische Gewerbe mit den neuen Verhältnissen abgefunden bzw. die daraus entspringenden praktischen Folgerungen gezogen hat.

Bei der vorzüglichen, über das ganze Reich sich erstreckenden Tarifgemeinschaftsorganisation im Buchdruckgewerbe sind dort zuerst Arbeiter- und Arbeitgebervertreter zu gemeinsamer Beratung schon am 18. November zusammengetreten und haben die Grundlinien für die neue gewerbliche Ordnung gezogen. Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses beschlossen, zur Regelung des Arbeitsverhältnisses einen besonderen Buchdruckerat zu bilden, und zwar aus 5 Präzidenten, 6 Gehilfen, 1 Hilfsarbeiter und dem Mitgliedern des Tarifamtes. Dem Buchdruckerat gehören Berufsangehörige aus Bayern, Brandenburg, Rheinland, Westfalen, Schlesien, den thüringischen Staaten und Württemberg an. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die vom Tarifamt sofort in Kraft zu setzen sind: die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen acht Stunden, mögliche Einführung von Schichtwechsel, Einstellung regelmäßiger Uebersarbeit, Zurückziehung der Lehrlinge aus der Nacharbeit. Die bisherige Entlohnung bleibt auch bei der kürzeren Arbeitszeit bestehen. Berechnende Handfeger erhalten bei täglich achtstündiger Arbeitszeit einen Aufschlag von 10 Prozent auf den Laufendpreis, der berechnende Maschinenfeger auf den Reibtarifpreis. Während der Kriegszeit eingestellte Ersatzkräfte sind nach beendeter zweijähriger Tätigkeit im Verufe bei ausschließlicher Beschäftigung mit Gehilfenarbeit wie Gehilfen zu entlohnen. Gelehrte Gehilfen dürfen wegen Beschäftigung eingestellter Ersatzkräfte nicht arbeitslos bleiben. Auf Anweisung des Tarifamtes hat Kündigung und Entlassung von Ersatzkräften zu erfolgen. Von den militärfrei werdenden Gehilfen sind in jeder Druckerei in erster Linie die früher beschäftigten Gehilfen einzustellen. Die Vermittlung von Kriegsebeschäftigten, soweit dieselben noch im Verufe tätig sein können, erfolgt von jetzt ab durch unsere Arbeitsnachweise.

Streng genommen, sind die Künstler vom Stein noch einen Tag früher mit ihren Arbeitgebern zusammengekommen als die Buchdrucker, wobei eine völlige Schwächung des Schutzbundes der Stein-druckerbetreiber vermehrt werden konnte. Denn das Schutzbundensblatt hatte bereits am 16. Nov. erklärt: „Der Schutzbund hat kein Realpolitik getrieben, und sein Ausschuß, dem die Mitglieder das Wohl und Wehe ihrer Betriebe anvertraut haben, hat nicht gezögert, die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der Ausschuß hat sich daher einstimmig grundsätzlich bereit erklärt, in Zukunft das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch einen Tarifvertrag zu regeln... um dem so schwer betroffenen Steinindustrie diejenige Stellung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft und darüber hinaus in der Weltwirtschaft wiederzuerobern, die es vor dem Kriege eingenommen hat. Wir hoffen, daß man dies auf der anderen Seite zu würdigen wissen wird. Der Schutzbund will hierdurch die Reibungen mit den Arbeitnehmern in Zukunft beiseite lassen und dem Ernst der Zeit entsprechend, mit innerlich geschlossener Front den Kampf um die Weltwirtschaft aufnehmen.“

Man wird es zweifellos „auf der anderen Seite zu würdigen wissen“, daß die Einsicht auf jener Seite erst so überaus spät gekommen ist, nachdem man sich jahrzehntelang grundsätzlich im Schutzbundenslager gegen Tarifgemeinschaften hartnäckig gesperrt hat. Die bessere Einsicht rang sich erst dann durch, als es kein längeres Bestehen mehr gab und man der Gewalt der Tatsachen nachzugeben gezwungen war.

Trotz alledem wollen wir nicht weiter auf Vergangenes zurückgreifen, sondern es auch hier betonen, daß man in gemeinsamer Arbeit das Gewerbe über die Stürme der politischen Weltumwälzung hinwegzubringen sich bereit erklärt.

Von der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter hört man noch nichts Bestimmtes, jedoch ist zu erwarten, daß man auch für sie die Regelung in ähnlicher Weise wie im Buchdruckgewerbe vornehmen wird. Der Herrenstandpunkt der Buch- und Stein-druckerbetreiber ist auch hier nicht mehr länger aufrechtzuerhalten.

Was nun unser Gewerbe anbetrifft, so hat sich der Verband Deutscher Buchdruckerbetreiber ohne weiteres für die sofortige Einführung des Achtstundentages bereit erklärt, und am 25. d. Mts. dürfte er mindestens für Berlin, Leipzig, München und Stuttgart allgemein eingeführt werden. Es liegt an unseren Kollegen in den anderen Orten, auch ihrerseits nicht länger als 8 Stunden täglich zu arbeiten.

Für Leipzig ist das weitere mit unseren Vertretern von der Ortsgruppe des B. D. B. am 21. November provisorisch, vorbehaltlich der späteren endgültigen Regelung, vereinbart worden, die Stunden- bzw. Wochenlöhne entsprechend der verkürzten

Lohn der Arbeit.

Doch vor die Tugend haben den Schweiß die unsterbliche Güter weise gelebt; lang ist und heil zu dieser der Aug-Blad. ... Bruder von wackerem Geschlecht, arbeite, damit dich der Hunger hoffe und hold dich kränze die freundliche Göttin der Ernte, durchaus ist ja Hunger des Arbeitscheuen Genosse... Und dem ärmten die Güter und Menschen, wer da in Trägheit hinfiebt, Drohen an Art ganz ähnlich, den nachherberaubten, die, selbst träge, verzehren die Arbeit fleißiger Bienen. Du sollst gerne, jedoch nicht Wachen, der Arbeit dich widmen. ... Arbeit schändet dich nicht, wohl schändet dich aber die Faulheit. ... Nicht die gestohlenen Güter gedeihen, nur die Gabe der Güter. Wer mit der Hände Gewalt großmächtiges Gut sich erungen oder mit Hilfe der Jung' es davonträgt, wie ja so manches vorkommt, wann von dem Durst nach Gewinn sich der Sterblichen Herzen lassen betören, und Scham nur weicht schamloser Gesinnung — den stürzt wieder ins Dunkle ein Gott, hinfinken die Säuer folchem, nur wenige Tage verbleibt ihm gesichert der Wohlstand. Bestod.

Arbeitszeit zu erhöhen und auf alle Akkordpreise 10 Proz. aufzuschlagen. Ein paritätischer Arbeitsnachweis wird eingeführt, dessen Leiter unser Verband stellt.

Am 28. November findet in Leipzig eine gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Verbandsvorstände statt, in der alle übrigen Fragen der zukünftigen Tarifgemeinschaft geregelt werden sollen.

Dort wird tags zuvor auch eine Gauleiterkonferenz unseres Verbandes zusammentreten, um zu allen schwebenden Fragen Stellung zu nehmen.

Der Verband der Glashilfsfabrikanten schließt sich laut einem Schreiben dem an, was zwischen den deutschen Gewerkschaften und den großen Arbeitgeberverbänden vereinbart worden ist. Er wünscht zugleich eine Aussprache, bei der die Einzelheiten für das Gewerbe festgelegt werden sollen.

Einen recht rückständigen Standpunkt nimmt der Vorstand des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen ein; es ist als ob die revolutionäre Umgestaltung ihm wenig Verständnis für die neuen Verhältnisse beigebracht hat. Denn mit blohem Wohlwollen und Ausreden, das er nicht befügt sei, in die „persönlichen Angelegenheiten“ seiner Mitglieder einzugreifen, werden sich die in den Innungsbetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen nicht zufrieden erklären.

Von den übrigen Unternehmerverbänden unseres Verufe, besonders von dem Verbands der Kartonnagenfabrikanten, liegen noch keine Rückäußerungen

vor. Und deutet, als ob die Herren sich allzu viel Zeit nehmen. Aber hier dürfte die Arbeiterschaft sie bald belehren, daß in einer Zeit, die rasend die härtesten Vorurteile bricht, man nicht mehr wie zu Uragroßväterzeiten sich lange mit „Erwägungen“ abgeben darf, sonst laßt das Rad der Entwicklung recht unliebsam über einen hinweggehen.

Nicht dringend genug können wir unseren Kollegen und Kollegen anempfehlen, das Vertrauen zum Verbandsvorstand, zu den Angestellten und Vertrauensleuten des Verbandes zu haben, daß sie alles tun werden, um in vernünftiger Weise die Interessen der Verbandsmitglieder zu wahren. Unmögliches werden und können sie ihnen allerdings nicht versprechen. Denn was der deutschen Arbeiterschaft am allernotwendigsten tut, ist, daß die Produktion so bald als möglich auf allen Gebieten wieder in Gang kommt. Und das wird bei dem Hehen an den meisten Rohstoffen, bei der Lohnlegung unseres Auslands Handels und bei der Zerrüttung unserer ganzen Volkswirtschaft schon schwer genug sein. Wir halten die Ermahnung umso mehr angebracht, als gerade bei den uns in ganz ungewohnter Fülle zuströmenden Inorganisierten, die bisher trotz aller aufgewendeten Mühe nicht für den Verband zu gewinnen waren, am leichtesten die Meinung aufkeimt, der Verband vermöchte alles von den Kapitalisten zu erreichen, was sie in ihrem Unverständnis wünschen. So liegen jedoch die Sachen keineswegs; auch die Unternehmer werden schwer zu arbeiten haben, um über die fürchterlichste Krise, die je das deutsche Wirtschaftsleben geschüttelt hat, hinwegzukommen.

Mögen auch sogenannte radikale Elemente das Gegenteil predigen und uns anempfehlen, „mit den Unternehmern ruffisch zu reden“, so wäre das doch das Allerversteherste, was wir machen könnten, und es würde der geradeste Weg sein, um uns in russische Verhältnisse hineinzuführen, unter denen die russischen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit, Hunger und Nöten aller Art weit schlimmer als unter dem blutigen Zarenregiment zu leiden haben.

Eine gesunde Volkswirtschaft ist allein die Grundlage, auf welcher sich auch die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu einer erträglichen und nach und nach guten zu gestalten vermag. Dazu bedarf es aber des Zusammenarbeitens aller Volksschichten, einschließlich der Unternehmer, deren Wissen und Können wir bei dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, insbesondere bei der Wiederanknüpfung des Auslands Handels bedürfen. Wer den Arbeitern etwas anderes predigt, der kennt nicht den feinkonstruierten Mechanismus der Volks- und Weltwirtschaft, welcher nicht durch rohe Eingriffe, sondern nur durch allmähliche, von höchstem Sachverständigen getragenen allmählichen Umbau in eine höhere Produktionsform übergeleitet werden kann.

Möge die graphische Arbeiterschaft an ihrem Teil durch vernunftgemäßes Verhalten unter den heutigen unfaßlichen Schwierigkeiten zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens beitragen.

Arbeitsvermittlung.

Bei der bevorstehenden Zurückkunft der Soldaten ist es mehr denn je angebracht, das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Arbeitsvermittlung zu richten.

Die Zentralstelle für alle Vermittlungen muß in Zukunft der öffentliche, unentgeltliche Arbeitsnachweis sein, in Berlin also der städtische, in Neufußn ebenso usw. Erstens einmal wegen der Unentgeltlichkeit und der Eintheiligkeit der Vermittlung und zweitens wegen der Regelung der Einstellung der Entlassenen und deren Entlohnung. Dabei würde auch das für die Arbeitsuchenden so beschämende Umhanteln und die damit verbundene Lohndrückerei verschwinden.

Voraussetzung dabei ist natürlich, daß ein gewisser Zwang auf beide Teile, Unternehmer und Arbeiter, ausgeübt wird. Entweder muß durch Tarifvertrag festgelegt werden, daß nur der Arbeitsnachweis benutzt werden darf, oder es muß durch Reichsgesetz verordnet werden. Eine dankbare Aufgabe für das neue Reichsarbeitsamt. Natürlich muß Hand in Hand damit eine Mindestentlohnung festgelegt werden, je nach den Verhältnissen an den einzelnen Orten.

Damit ist nicht gesagt, daß alles in ein starres System gebracht werden soll. Sowohl den tüchtigeren oder dem besonders kräftigen Arbeiter bzw. Arbeiterin bleibt dabei die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft höher zu verkaufen, als die festgesetzte Minimallohn-grenze vorsieht. Dies ist ja schon heute in den Ge-







werden, wo Minimaxtarife bestehen, der Fall. Die Gewerkschaften als solche sind und bleiben ja trotzdem die maßgebenden Stellen, welche mit den zuständigen Arbeitgebervereinigungen über Löhne, Arbeitszeit usw. entsprechende Abmachungen zu treffen haben. Ihre Aufgabe ist es weiter, die zuständigen Arbeiternachweise rechtzeitig zu unterrichten, überhaupt mit ihnen ständige Fühlung zu halten. Das letztere wäre auch zureichend für die Arbeitgeberverbände, damit diese gleichfalls dem Nachweise ihre Wünsche zum Ausdruck bringen können.

Doch die Zeit ist es aber, die privaten oder sogenannten gewerbmäßigen Arbeitsnachweise durch Reichsgefes zu verbieten, anstatt, wie bisher, zu sanktionieren. Sie sind wirkliche Brutstätten der Schruppung und Ausbeutung der Arbeitslosen.

Rechtlich muß mit der Errichtung paritätischer Nachweise die Forderung erhoben werden, wirkliche sachkundige, aus dem betreffenden Berufe hervorgegangene Vermittler und Vermittlerinnen zu wählen. So, wie es jetzt z. B. im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin ist, können gesunde Verhältnisse und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Parteien niemals Platz greifen. Damen aus der bürgerlichen Gesellschaft, oftmals mit sehr geringer Vorbildung, aber desto mehr mit Günst bedacht, gehören nicht an solche Posten. Die Gewerkschaften haben genügend gebildete Männer und Frauen, welche geeignet sind, das Bindeglied zwischen beiden Teilen, Arbeitgebern einerseits und Arbeiterschaft andererseits, herzustellen. In erster Linie muß sich aber auch eine Stadtgemeinde daran gewöhnen, bei Bedarf von Arbeitslosen ihre eigene Einrichtung einzig und allein zu bedienen. Nicht, daß der Vorsteher oder die Vorsteherin dieser oder jener Abteilung Freunde oder Glaubensgenossen bevorzugt und andere, vielleicht viel besser befähigte Personen, zurückgesetzt werden.

Zur Vermittlung gehört nicht nur schablonenhafte Bureauarbeit und die Sucht möglichst hohe Vermittlungsgebühren zu erlangen, sondern genaue Kenntnis des Berufes, der einzelnen Sparten in demselben und auch der Eigenart der einzelnen Betriebe. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß der oder die Arbeitslose gern sich als geübt auf alle mögliche Arbeit ausgibt. Begreiflich deshalb, weil besonders bei großer Arbeitslosigkeit jeder bemüht ist, recht bald wieder Unterhalt zu finden, aber trotzdem nicht zu billigen im Interesse des Berufes, des einzelnen Betriebes und des Ansehens des betreffenden Nachweises. Deshalb ist auch eine Prüfung auf geeignete Befähigung der offenen Stellen nur durch geeignete Sachvermittler möglich. Dies trifft nicht nur für die gelehrten Berufe zu, sondern auch für die ungelerneten. Ein Arbeitgeber wird zum Beispiel lieber einen Hausdiener einstellen, der jahrelang in der gleichen Branche tätig war, als einen gänzlich darin unerfahrenen Arbeiter.

Ein Moment kommt für die Vermittlungspersonen noch in Frage. Die Männer und Frauen der arbeitenden Klasse haben auch vielfach andere Sorgen als die, nur Arbeit zu erhalten; mögen dieselben aus dem Beruf oder aus dem Privatleben entstehen. Ungern werden sie sich aber Rat holen bei Leuten, die erstens ihrer eigenen Klasse vollständig fernstehen und zweitens mit den Verhältnissen nicht vertraut sein können. Ist jedoch der Vermittler aus ihren Reihen, dann ist das Vertrauen von selbst gegeben.

Die Parität muß immer durch gleichlautende Beschlüsse des Arbeitgeber- und des Arbeitnehmervertreter gewahrt bleiben. Auch die Arbeitgeberverbände müssen die Einseitigkeit ihrer Vermittlung zum alten Eisen legen, wenn eine gedeihliche friedliche Arbeitsvermittlung platzgreifen soll. Finden diese aus ihren Reihen keinen Arbeitgeber, so wird schon ein guter berufsunabhängiger Berufsführer vorhanden sein, welcher seinen Posten mit dem eines Arbeitsvermittlers vertauschen würde.

Ist dies alles in zufriedenstellender Weise (eventuell durch Zwang) geregelt, werden auch die unzähligen Arbeitsangebote in allen möglichen Zeitungen verschwinden. Millionen an Geld und eine Unmenge von Zeit sowie Kleidung und Schuhwerk würde gespart — auf beiden Seiten —, wenn alles durch eine Zentralstelle vermittelt würde. Schon allein die Ausgaben für Annoncen, welche manches Geschäft jährlich ausbleibt, auf die Löhne geschlagen, würde mangelnd Betrieb zufriedene Arbeitskräfte garantieren.

Aufgabe der Arbeiter- und Werkmeisterverbände muß es sein, bei den städtischen und staatlichen Körperchaften dahin zu wirken, dem ganzen Arbeitsverhältnis und der damit unlösbar verbundenen Arbeitsvermittlung eine feste Grundlage zu geben. Dies kann geschehen durch tarifliche Vereinbarungen, umfassender aber noch durch Reichsgefes.

Rüger.

### Die gegenwärtigen Aufgaben des Kriegsauswichses für Konumenteninteressen.

Wie jeder einzelne sich auch stellen mag zu der politischen Umwälzung innerhalb Deutschlands, davon ist jedes Kind in Deutschland überzeugt: Wenn wir nicht mit einer Ordnung und Anspannung aller Kräfte im willigen Zusammenwirken von Stadt und Land die Nahrungsmittelversorgung der Massen aufrechterhalten, dann verfiel Deutschland in einem grenzenvollen Chaos. Daran dürfen nur wenige politische Marodeure ein Interesse haben. Für alle anderen aber, die noch ihre fünf Sinne halbwegs beisammen haben, erwacht die Pflicht, jeder an seinem Teile bei der Versorgungsaufgabe mitzuwirken. Negativ, indem er nicht auf Kosten der Gesamtheit hamstert und überhaupt den Dummheiten und Schleichhändlern das Handwerk legen hilft; positiv, indem er sich, wo es nur geht, in den Dienst der öffentlichen Versorgung, Erfassungs- und Verteilungsorganisation stellt. Ob diese Organisationen politisch rot oder blau angefarbten sind, ist uns im Augenblick gar nicht, wenn sie nur für das gemeine Wohl arbeiten. Darum hat auch der Kriegsauswich für Konumenteninteressen, der ja nach seiner Zusammensetzung eine politisch neutrale Gemeinschaft ist, in seiner letzten Vorstandssitzung am 11. November beschlossen, da er in seinen Reihen seit 4 Jahren eine Ansammlung von politischer Erfahrung und Sachkunde im Massenverordnungsweisen angesammelt hat und die Organisations- und Verwaltungstüchtigkeit in diesen Fragen kennt, seine Dienste dem Kriegsernährungsamt als der zuständigen Regierungsstelle für solche Aufgaben, zu denen man ihn brauchen kann, anzubieten, unbedacht natürlich der Unabhängigkeit und Selbständigkeit seiner verbraucherpolitischen Stellung.

Weiter wird der Kriegsauswich für Konumenteninteressen sich mit dem Kriegsauswich für die deutsche Landwirtschaft in Verbindung setzen, der soeben in einem Aufrufe die Bildung gemeinsamer Orts- und Gemeindevorstände für das Versorgungswesen in den einzelnen Landesteilen, zusammengesetzt aus städtischen Arbeitgebern und Arbeitern unter Zuziehung von Vertretern der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, zur erleichterten Erfassung der für die Gesamtheit erforderlichen Lebensmittel und zur nachdrücklichen Bekämpfung des Schleichhandels angewandt hat. Die Landwirtschaft weiß anheimelnd genau, was die Stunde geschlagen hat und was für jeden Bauern und Gutsbesitzer auf dem Spiele steht, wenn die Massen in den Städten anfangen zu hungern und auf eigene Faust zur Nahrungsvorrichtung auf dem Lande schreiten.

### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 1. November tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände, die Stellung zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge und zur industriellen Organisierung der Ubergangswirtschaft nahm.

Ueber die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung referierte Umbreit-Berlin. Er berichtete, daß die Generalkommission sich mit den übrigen Zentralen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände über eine gemeinsame Eingabe an Bundesrat und Reichstag verständigt habe und daß die früher beschlossenen Vorläufe dabei einige Änderungen erfahren hätten. Mit den Gewerkschaften und der Polnischen Berufsvereinigung wurde sofort Uebereinstimmung erzielt, während die christlichen Gewerkschaften befürchteten, das Reich könne finanziell zu sehr belastet werden. Die Angestelltenorganisationen einigten sich auf eine Reihe von Änderungsanträgen, die auch die von uns vorgelegene Organisation der Versicherung berührte. Den christlichen Gewerkschaften wurde während des Sommers Zeit gelassen, sich mit ihren Instanzen über die Vorläufe zu verständigen. Eine neuerliche gemeinsame Beratung aller Zentralen ergab jetzt nahezu völlige Uebereinstimmung in der grundsätzlichen Zustimmung zu unseren Vorläufen; nur die Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände stellte ihre Entscheidung für die nächste Woche in Aussicht. Die vorgeschlagenen Änderungen betreffen den Umfang der Versicherungspflicht, eine schärfere Formulierung des Verordnungsanspruchs, die Schaffung eines Rechtsweges bei der Arbeitslosenversicherung, die Anerkennung einer Mindestvertretung der Angestellten in den Arbeitsämtern und die Regelung der Wahl der Arbeitsvermittler in der Geschäftsordnung der Arbeitsnachweise. Einseitlich der Ubergangsbestimmungen gab der Referent eine Darstellung der vom Reichswirtschafts-

\*) Dieser Bericht mußte wegen Raummangels zweimal zurückgestellt werden.

amt für die Demobilisierung und Ubergangswirtschaft vorgezeichneten Regelung der Arbeitsvermittlung und der für die Regelung der Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege beabsichtigten Maßnahmen.

In der Debatte wurde mitgeteilt, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch Bundesratsverordnung in verpfändendem Sinne für die Gemeinden bevorzucht und daß der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts am 8. November eine Delegation von Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen empfangen wolle, um sich über die nächsten sozialpolitischen Maßnahmen seines neuen Amtes auszusprechen. Nach eingehender Diskussion wurden folgende Änderungen der Vorläufe beschlossen:

In Ziffer 2: „Die Versicherungspflicht soll sich erstrecken

1. auf alle Arbeiter, die gegen Lohn nicht bloß vorübergehend beschäftigt sind;
2. auf alle Angestellten, soweit sie der Versicherungspflicht nach der Angestelltenversicherung unterliegen;
3. auf Hausarbeiter und Hausgewerbetreibende, sofern sie nur mit eigenen Familienangehörigen arbeiten oder nicht mehr als zwei Hilfskräfte beschäftigen.“

In Ziffer 4 ist statt „Versicherten“ zu sagen: „Arbeiter und Angestellte“.

In Ziffer 9 ist statt „ortsüblicher Tagelohn“ zu sagen „Ortslohn“.

In Ziffer 10 und 12 ist statt „angemessene Arbeit“ zu sagen: „Arbeit zu angemessenen Bedingungen“.

Unter Ziffer 14 ist ein neuer Satz einzufügen:

15. Bei Streitigkeiten über die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung entscheidet in erster Instanz das für den Gemeindebezirk zuständige Versicherungsamt. Gegen dessen Entscheidung ist die Berufung an das Oberversicherungsamt zulässig. Dessen Entscheidung ist endgültig.

Entstehen zwischen einer Arbeitslosenversicherungskasse und einem zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung zugelassenen Berufsvereine Streitigkeiten über die Auszahlung der Unterstützung, so entscheidet auf Anrufung des Oberversicherungsamts. Gegen dessen Entscheidung ist die Beschwerde an das Reichsversicherungsamt zugelassen.

Die Bezeichnungen „Arbeitsamt“, „Bezirks-“, „Landes-“ und „Reichs-Arbeitsamt“ wurden beibehalten.

Der Anspruch der Angestelltenverbände auf Gewährleistung einer Mindestvertretung von Angestelltenvertretern in den Arbeitsämtern in Höhe eines Viertels der Arbeitnehmervertreter fand nicht die Zustimmung der Konferenz. Man war der Meinung, daß die Vorschrift über die Verhältniswahl den Angestellten bei reger Wahlbeteiligung in jedem Falle eine ausreichende Vertretung garantiere.

In Ziffer 20 ist einzufügen: Die näheren Vorschriften über die Wahl des Arbeitsvermittlers werden durch die drückliche Geschäftsordnung gegeben.“

Die Ziffer 24 der Vorläufe in den Ubergangsbestimmungen erhält folgende Fassung:

24. „Solange eine den Tit. I und II dieser Vorläufe entsprechende Reichsarbeitslosenversicherung noch nicht eingeführt ist oder ihre Leistungen noch nicht in Kraft getreten sind, ist die Arbeitslosenfürsorge durch Gesetz oder Bundesratsverordnung dahin gehend zu regeln, daß die Gemeinden rechtlich verpflichtet werden, allen Erwerbslosen ihres Wohnorts eine gewissen Mindestlohn entsprechende und zum notwendigen Lebensunterhalt ausreichende Unterstützung zu gewähren. Diese Unterstützung muß für den einzelnen Arbeitslosen mindestens die Höhe des Ortslohnes erreichen und für Familien entsprechend erhöht werden. Den Gemeinden sind die gesamten, für diese Zwecke aufzuwendenden Beträge vom Reich zurückzuerstatten. Die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten sind bei der Auszahlung der öffentlichen Unterstützung mit heranzuziehen. Eine Aufrechnung gewerkschaftlicher Unterstützungen oder privater Zuwendungen an Arbeitslose auf die öffentliche Unterstützung darf nicht stattfinden.“

Ueber die Vorläufe zur industriellen Organisation der Ubergangswirtschaft berichtete Legien. Es handelt sich um Vorläufe, die von seinen anerkannten Vertretern der Industriellen für ein Zusammenwirken von Unternehmerverbänden und Arbeitnehmerorganisationen zwecks Durchführung der Ubergangswirtschaft gemacht worden sind. Die Vorläufe basieren auf der Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Arbeitgeberverbände und auf der Einsetzung einer paritätischen Vertretung für die Regelung aller Fragen der Ubergangswirtschaft. Sie sind nur vorläufiger Natur und sollen durch beiderseitige Verständigung noch präzisiert und vervollständigt werden. In der Aussprache darüber ergab sich trotz mancherlei Bedenken und vorsichtigen Rat schlägen doch nahezu Uebereinstimmung darüber, daß eine Verständigung

mit den Arbeitgeberverbänden über diese Fragen sich im Rahmen der von den Gewerkschaften stets vertretenen Grundzüge bewegen, denen auch die Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeitsgemeinschaften entsprechen, und daß es den Arbeiterinteressen durchaus nützlich sei, die Fragen der Lebensangelegenheiten unmittelbar von Organisation zu Organisation zu regeln. Die Generalkommission wurde daher zu weiteren Verhandlungen und Schritten in dieser Angelegenheit ermächtigt.

In letzter Stelle wurde in Kürze die gegenwärtige Situation des Arbeitskammergesetzes erörtert, eine Umfrage über den Neubau der „Sozialpolitischen Arbeiterforderungen“ angeregt und zur Frage des Inseratensonderbotes für Zeitungen, die nach dem Ausland versandt werden, Stellung genommen.

**Aus unserem Beruf.**

Zur Vermeidung größerer Arbeitslosigkeit im Buchbindereigewerbe richtete der Verband Berliner Buchbinderbesitzer an alle Auftraggeber, Verlagsbuchhandlungen, Buchverzeihen, Industrielle und Behörden, die Bitte, durch vermehrte Arbeitsgelegenheit, selbst über den momentanen Bedarf hinaus, das Gewerbe zu unterstützen. Jede Zurückziehung eines Auftrages oder Ermäßigung der Auflagenhöhe müsse unter allen Umständen vermieden werden, da Arbeitsmangel Ruhe und Ordnung gefährdet. Die Opfer, die hierdurch dem einzelnen auferlegt werden, sind gering zu achten gegenüber den Folgen, die eine Störung in der ruhigen Fortentwicklung der Volkswirtschaft bringen müsse. Am Schluß des Mahnrufes heißt es: „Wer sich jetzt von Kleinlichen, selbstigen Interessen leiten läßt, und im Gegensatz zu der bevorstehenden Mahnung handelt, verjüngt sich am Wirtschaftsleben der deutschen Nation.“

Unsere Bahnhalle Berlin schloß sich den vorkommenden Ausführungen vollinhaltlich an; auch sie richtete die dringende Bitte an die Auftraggeber für das Buchbindereigewerbe, die Arbeitsgelegenheiten durch Erteilung von Aufträgen zu vermehren, damit eine größere Arbeitslosigkeit vermieden wird.

Neue Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen. Bei Krupp in Essen wurde der Buchbinder tarif derzeit anerkannt, daß auch die Steindrucker und Buchbinder darunter fallen. Der Achtstundentag wurde gleichfalls eingeführt.

Auch in den Beverlichen Farbenfabriken in Beverluisen bei Elberfeld steht der Abschluß eines Tarifvertrages bevor.

Sowohl Krupp als auch Weyer waren bisher grundsätzliche Tarifgegner.

In Limbach hat ein Kartonnagenfabrikant, der 200 Personen beschäftigt, sich freiwillig unserm Kollegen Rüsse in Chemnitz gegenüber bereit erklärt, seine sämtlichen Leute bei unserem Verbands zu organisieren und ein Drittel der Verbandsbeiträge aus seiner Tasche zu bezahlen.

**Berichte.**

Dresden, Am 12. November fand im Volkshaus eine gutbesuchte Versammlung statt. Der in Aussicht genommene Vortrag der Kollegin Strahm aus Berlin mußte leider wegen Verspätung derselben in letzter Stunde abgelehrt werden. In dankenswerter Weise war die Genossin Luge eingestiegen, welche über den „Frauenkampf ums Dasein“ sprach. Sie wies zunächst darauf hin, daß wir trotz der neuen Volksregierung noch schwere Zeiten vor uns haben, besonders in bezug auf Lebensmittelfversorgung. Im weiteren schilderte die Vortragende in anschaulicher Weise das traurige Los der Industriearbeiterin, die oft in dreifacher Weise angepannt sei. Es sei bedauerlich, daß es immer noch so viele Arbeiterinnen gäbe, die über diese halbtoten Zustände nicht ernsthaft nachdachten und deshalb auch nicht den Weg fanden, der zur Besserung führt. Unsere alte Forderung für gleiche Arbeit gleicher Lohn, müsse auch in Zukunft bestehen bleiben, denn die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse brachten es mit sich, daß jetzt noch bedeutend mehr Arbeiterinnen dauernd für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen müssen als bisher. Dieses Ziel der Gleichberechtigung könne aber nur mit Hilfe der Organisation erreicht werden, der angehörend niemand zu jung sei, wie leider oft meistens unermünder Eltern von ihren jugendlichen Töchtern behauptet wird. Da wir heute noch nicht wissen, was uns die nächste Zukunft bringen wird, so müssen wir alle Kräfte sammeln, um Herr der neuen Verhältnisse zu bleiben. Nebenbei dürfe aber auch die Jugendorganisation nicht vernachlässigt werden, wo sich die jungen Leute Mut und Begeisterung für ihr zukünftiges Leben holen können.

Anschließend erläuterte Lange die neuesten politischen Ereignisse. Kahl weist darauf hin, daß es jetzt unsere Aufgabe als Gewerkschafter sein müsse, neben der politischen nun auch die wirtschaftliche Freiheit zu erringen. Unter dem zweiten Punkt

gab Lange eine Darstellung der gegenwärtigen Lage in der Zigarettenindustrie. Der bestehende Tabakmangel hat bereits in einzelnen Betrieben zu umfangreicher Arbeitszeitverlängerung geführt. Die in Aussicht genommenen Entlassungen würden auf unseren Protest zum Teil wieder rückgängig gemacht. Von den einzelnen Firmen wird berichtet, daß Kasamagi A. G. täglich zwei Stunden verkürzt arbeiten läßt, die jedoch bezahlt werden. Das gleiche geschieht in der Estima. Die Firma Estima hat insgesamt 370 Personen entlassen, darunter circa 40 Kartonnagenarbeiterinnen. Auch die Firmen Alexandria und Kios haben Entlassungen vorgenommen. Für die Entlassenen ist von den zuständigen Verbänden an die maßgebende Behörde eine Eingabe wegen einer Reichsunterstützung gerichtet worden, die auch bereits zugesagt wurde und 75 Proz. des im Jahre 1917 gehaltenen Verdienstes betragen soll. Die Firma Estima hat dem entlassenen Personal für die erste Woche den vollen Lohn gezahlt. Für die weiteren Wochen will sie die restlichen 25 Proz. ebenfalls zuschießen. Auch die anlässlich des baldigen 75jährigen Geschäftsjubiläums der Arbeiterschaft zugedachten Extravergründigungen sollen den Entlassenen zugute kommen. Als Grund für den Entlassungen kommt neben der Einschränkung des Tabakverbrauches, der seit dem 1. November von 15 auf 50 Proz. herabgesetzt worden ist, auch die Einführung von vorwiegend weichen Packungen in Betracht. Auch die Verarbeitung von Kollieim hat verschiedentlich zu Mißbehelligkeiten geführt, doch wird jetzt dafür in fast allen Betrieben 10 Proz. extra vergütet. Zum Schluß erging noch die Aufforderung an die Anwesenden, alle Vorgänge im Ver-

**Sprüche der Erkenntnis.**

**Kopf oben auf!**

Nun hängen wieder die Wolken drohend herab; der Krieg schlägt mit gewappneter Faust drohend an die Pforten unseres eigenen Volkes, und es ist niemand, so hoch oder niedrig ihn das Leben gestellt habe, der sagen kann, welsch Schicksal ihn die nächste Stunde bringen werde. Es steht zu keiner Zeit ein Stück so fest, daß es nicht umgestürzt werden könnte; wieviel weniger jetzt! In solcher Zeit ständen die Menschen am liebsten mit leeren, mühsigen Händen, horchend und wartend; aber das ist nicht das Rechte. Es soll niemand sein Handwerksgerät, die Waffen, mit welchen er das Leben bezwingt, in dumpfer Verämbung fallen lassen. Ein Geschlecht gebe seine Arbeit an das folgende ab, und, gottlos, jener Epochen, in welchen die Menschheit ihre Mühen ganz von neuem aufnehmen mußte, weil die Sturmflut alles vorige fortgespült hatte, sind wenige. Wilhelm Kabe.

trieb sofort im Bureau zu melden. Eine Kollegin von Kasamagi Söhne berichtete noch, daß die Firma den verkürzt Arbeitenden wöchentlich 5 M. Zuschlag zahlt.

Hamburg-Altona. Am Donnerstag, den 21. November, tagte im Gewerkschaftshaus eine von circa 1200 Personen besuchte Versammlung der in Buchbindereien (Buch- und Steindruckereien), Antieranstalten, Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Vortragende, Fr. Küster, behandelte eingehend die heutige Situation und forderte die Versammlung ein, alles mit daran zu setzen, damit die heimkehrenden Krieger, die vier Jahre lang ein Nomadenleben im Felde führten, und den heimatischen Boden von den Schrecken des Krieges fernhielten, in Arbeit gebracht werden. Die Lage unseres Berufes sei zurzeit nicht die beste, da unser Beruf in Hamburg stark durch den Export beeinträchtigt werde, der Hafen sei gesperrt und daher das Absatzgebiet unserer Erzeugnisse beengt. Es müsse alles getan werden, um die Versorgung des Proletariats zu erhalten, es müsse aber auch alles getan werden, um so schnell wie möglich politische Klarheit zu schaffen, damit das Recht gewahrt bleibe. Schwierig sei die Arbeitsbeschaffung, hier müssen die Organisationen der Arbeitgeber mit denen der Arbeiter Hand in Hand arbeiten. Die bisher wegen Hilfsmangels durch Frauen verrichtete Gehilfenarbeit muß aufhören, damit die Männer als Ernährer der Familie wieder in Beschäftigung kommen. Die Arbeitszeit darf nur 8 Stunden, im schlimmsten Falle noch weniger betragen. Ueberstunden sind ganz zu vermeiden. Abschaffung der Akkordarbeit. Die Forderung auf Erhöhung der Löhne sei gegenüber der immer höher steigenden, von keiner Seite Einhalt gebietenden Preissteigerung der Lebensmittel und Waren berechtigt. Jedoch müsse hier die Lage in unserem Berufe ganz besonders berücksichtigt werden. Wir haben der Verammlung noch keine Vorschläge zu unterbreiten, da wir am 1. Dezember eine wöchentliche Teuerungszulage von 5 M. für Gehilfen

und 2,50 M. für Arbeiterinnen tariflich zu erhalten haben, so können wir Forderungen darüber hinaus in einer Betriebs-Delegiertenversammlung heranzutreten, um die Anlagendeckelung leichter zu erledigen. Die Wahrung der beruflichen Interessen erfordert einen festeren Zusammenschluß im graphischen und im Papierverarbeitungsgewerbe. Hierzu ist es notwendig, mit den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten. Die in obigen Berufen arbeitenden Kollegen und Kolleginnen müssen geistlos der Organisation angehören, nur so sei es möglich, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und uns die Freiheit zu erhalten. (Lebhafter Beifall.) Kollege Kleiberg erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, er war aber der Meinung, daß die Löhne sofort auf den Geh der Werkarbeiter erhöht werden müssen, überhaupt müßten die Gewerkschaften schärfer vorgehen; um die Eroberung der Revolution zu halten, sei die Einigkeit nötig. Kollege Schwertfeger warnte vor einer Ueberstimmung der Löhne, mit Gewalt erpresten Löhnen sei uns nicht gedient, das führe zur Verbitterung auf der Gegenseite. Wir seien bisher tariflos gewesen und wollen es auch fernhin bleiben. Kollege Behnke trat dem entgegen. Kollege Ansoerge forderte zum energischen Vorgehen auf, die jetzige Zeit müsse ausgenutzt werden, jetzt haben wir die Macht und die müssen wir ausnützen, so rücksichtslos wir bisher ausgenutzt wurden, so rücksichtslos muß unser Vorgehen jetzt sein, die Gewerkschaften müssen sich dem Geist der Zeit anpassen. Küster beendete trat für höhere Löhne ein, da die in unserem Gewerbe gezahlten Löhne gegenüber den unveränderten Preissteigerungen viel zu gering seien. Nachdem noch Kleiberg und Schwertfeger zu der Sache gesprochen hatten, betonte Küster in seinem Schlußwort, daß wir alles versuchen wollen, eine noch höhere Entlohnung auf tariflicher Basis zu erlangen, wir werden uns mit den in Frage kommenden Arbeitgeberverbänden verständigen müssen. Die Lage sei jedoch sehr ernst, der Arbeitsmangel werde bald sehr fühlbar sein, daher müsse in unserem Gewerbe Arbeit beschafft werden, sicher sei sehr viel Arbeit von Behörden, Bibliotheken, Büchereien usw. zu erlangen. Wir werden aber auch über diese schwere Zeit hinwegkommen, wenn das Zusammenhaltensgefühl in unserem Berufe mehr gepflegt würde, daher darf kein Kollege und keine Kollegin dem Verbands mehr fernstehen. Einstimmig gelangte die folgende, von Vorsitzenden Krumm verlesene Resolution zu einstimmiger Annahme:

„Die am 21. November im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der in Buchbindereien, Buch- und Steindruckereien, Antieranstalten, Stuis-, Galanterie-, Kartonnagen-, Geschäftsbücher-, Schreib-, Ruber- und Papierwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen läßt die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für unbedingt erforderlich. Wenn es wegen Einstellung der Kriegseinknehmer notwendig ist die Arbeitszeit weiter zu verkürzen. Abschaffung der Beschäftigung von Frauen mit Gehilfenarbeit, Beschäftigung der Akkordarbeit, Erhöhung der Löhne und Ueberstundenbezahlung auf tariflicher Grundlage. Bezahlung der Feiertage und Gewährung von Ferien. Fester Zusammenschluß im graphischen und Papierverarbeitungsgewerbe. Erhaltung sämtlicher Berufsangehörigen als Mitglieder für den Deutschen Buchbinderverband.“

400 Berufsangehörige traten dem Verbands als Mitglieder bei, so daß die Mitgliederzahl auf 2000 gestiegen ist.

**Auszeichnungen.**

Aus dem Kreise unserer Verbandsmitglieder wurden uns noch folgende Auszeichnungen bekannt: Kollege Karl Giebichenstein, Mitglied der Bahnhalle Leipzig, erhielt das Eisene Kreuz 1. Klasse, nachdem ihm früher bereits das Eisene Kreuz 2. Klasse und die Friedrich-August-Medaillen zuteil wurde. Kollege Robert Staub, Mitglied der Bahnhalle Braunschweig, erhielt das Eisene Kreuz 1. Klasse und das Braunschweiger Verdienstkreuz 1. Klasse. Kollege Karl Wagner, Mitglied der Bahnhalle Schwerin, erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse, nachdem ihm früher bereits die Friedrich-August-Medaillen verliehen wurde. Kollege Gustav Kunath, Mitglied der Bahnhalle Köln, erhielt das Eisene Kreuz 2. Klasse. Kollege Otto Juhn, Mitglied der Bahnhalle Rudenwalde, erhielt ebenfalls das Eisene Kreuz 2. Klasse. Kollege Emil Herber, Mitglied der Bahnhalle Nürnberg-Fürth, erhielt das Bayerische Verdienstkreuz. Kollege Johann Schulze, Mitglied der Bahnhalle Sebnitz i. S., erhielt das Eisene Verdienstkreuz.



**Friede. \*)**

Melodie: Sonntag ist's.

Frieden ist's, die Glocken läuten,  
Freudig tönt's aus aller Mund;  
Seller Jubel allerorten;  
Frieden ist den Völkern worden,  
:,: Sei gepriesen diese Stund'! :,:

Frieden ist's, die Glocken läuten,  
Laden uns zur Andacht ein,  
Und wir denken all der Bräuen,  
Die in Feindeserbe schlafen,  
:,: Sollen unberufen sein. :,:

Frieden ist's, die Glocken läuten,  
Rauschend ruft es groß und klein;  
Not und Glend ist zu Ende,  
Danke sind wir die Hände;  
:,: Möchte ewig Frieden sein. :,:

G. Kaufeld.

\*) Dies Gedicht des Kollegen Kaufeld ging uns bereits im September 1915 zu und wir versprochen damals, es bei gegebener Zeit zu veröffentlichen. Leider ist Not und Glend noch nicht zu Ende. D. R.

**Rundschau.**

Die Vorbereitung für die Leipziger Frühjahrsmesse in Leipzig sind gegenwärtig in vollem Gange und werden durch die politischen Ereignisse nicht beeinflusst. Das Messeamt verspricht die Anmeldebogen an die Ausstellerefirmen in der üblichen Weise. Die

Anfragen und Anmeldungen aus den Kreisen der Buchindustrien laufen ohne merkliche Verminderung ein, die deutsche Industrie hat also volles Vertrauen in die Zukunft. Von dem Minut, der zu Beginn des Krieges die Abhaltung der Leipziger Messe beinahe in Frage gestellt hätte, ist nichts zu spüren, so daß ein befriedigender Verlauf der Frühjahrs-Messe, die vom 2.—8. März 1919 stattfindet, erhofft werden kann.

**An unsere Bezahler.**

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß unsere „Buchbinder-Zeitung“ für das ganze Kalenderjahr bestellt werden kann und daß dadurch eine namhafte Ersparnis an Zeit, Papier und Arbeitskräften bewirkt wird.

Das Postzeitungsamt sieht sich daher veranlaßt, auch Sie auf diese Neuverung hinzuweisen und auch Ihnen nahelegen, bereits vom 1. Januar 1919 ab von dem neuen Verfahren Gebrauch zu machen, dem wir uns aus den gleichen Gründen vollkommen anschließen.

Die Geschäftsstelle der „Buchbinder-Zeitung“.

**Literarisches.**

Das neueste Heft der „Mode“, Nr. 34, ist wegen seines zeitgemäßen Inhalts besonders beachtenswert. Stefan Großmann schreibt darin über den verstorbenen Viktor Adler, Ernst Heilmann über „die Revolution am Scheitelpunkt“, Wilhelm Jansson über Nordfriesland, Ernst Fried über „Der freie Deutsche“, Paul Umbreit über „Aufgaben des Reichsfinanzamtes“ und Edgar Steiger zieht einen Vergleich zwischen

dem revolutionären Hambacher Fest des deutschen Bürgerturns im Jahre 1832 und der proletarischen Revolution von 1918. Besonders Heilmann weist auf die unbedingte Notwendigkeit hin, jetzt praktisch zu arbeiten, damit die Revolution nicht an vertriebenen Ideologien und Utopien zugrunde geht.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 8. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Viktor Adler I. — Die Diktatur des Proletariats. Von Heinrich Cunow. — Kolonialpolitik und Arbeiterschaft. Von A. Runde. — Wirtschaftliche Macht als Fundament der Demokratie. Von S. Feus (Dessau). — Die Wandarbeiterfrage und der Krieg. Von Georg Schmidt. — Aus unserer Bücherei. Von Edgar Steiger.

„Wenn Frieden Würde...“ betitelt sich ein neuer Gedichtband von Ludwig Besen, der soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. Ein überaus aktuelles Thema ist angeklungen. Die Leiden nahezu eines halben Jahrzehnts, die wohl an keinem Haushalt spurlos vorübergegangen sind, haben in diesem Büchlein klingende Worte gefunden. Ein Dabeimgediebener erlebt all die Hoffnungen und Fürchterlichkeiten, mit denen der furchtbare Weltbrand die Heimat heimgesucht hat. Der Kampf selbst verfliehet in der Ferne. Seine Wirkungen aber strahlen in den Frieden der Dörfer und Städte zurück. So wächst sich das Büchlein zu einem Dokument der Zeit aus, das in recht viele Hände gelangen, von recht vielen Leuten gelesen werden sollte. Seine vornehme und gediegene Ausstattung bei einem verhältnismäßig niedrigen Preise (3 Mk.) lassen Lebens neues Gedichtbuch namentlich als Geschenk zum bevorstehenden Weihnachtsterte als überaus geeignet erscheinen.

**ANZEIGEN**

**Gau VIII.**

Am 14. November verstarb in Cronau a. L. nach kurzer Krankheit unser langjähriges, treues Mitglied **Frau Marie Wintel** im Alter von 86 Jahren. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.  
**Der Gauvorstand**

**Gau VIII.**

Am 13. November starb nach längerem Leiden unser Mitglied und Kollege **Ernst Hartje** im Alter von 18 1/2 Jahren. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.  
**Der Gauvorstand u. die Einzelmitglieder in Göttingen.**

**Zahlstelle Hamburg-Altona.**

An den Folgen der Grippe starben unsere Mitglieder **Elfriede Fritsch, Louise Hübers, Frieda Meier**. Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Die Ortsverwaltung.**

**20 Pfund Goldbronze**

zum Abdecken von Büchern, 2 mech. selbstlaufende 5 stellige **Nummer-Stempel** zu verkaufen. Nur schriftliche Angebote an Jansen, Cöpenick, Bahnhöfstr. 20.

**Buchbindermaschinen, Material** kauft, verkauft Otto Müller, Berlin S 42, Wasserlohrstr. 34. Amt Moritzplatz 5522.

**150 Bentner starke Holzpappen**

abzugeben.  
**J. A. Jentsch & Co., Hamburg 4, Wilhelmplay 14-16.**

**Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel**

kleben nur noch mit

**Wiril Klebstoffen**

(D. R. P. a.)

**Glänzende Begutachtungen.**

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.

**Chemisch-technische Werke Willybald Richter**

Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049.  
Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

**Ehren-Tafel**

**für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.**

- Im Felde oder in den Lazaretten starben noch folgende Kollegen:
- August Bonke**, geb. 11. 9. 1872 in Stettin; in russischer Gefangenenschaft gestorben am 4. 8. 1917. Zuletzt Mitglied in Stettin.
  - Wilhelm Arnd**, geb. 21. 1. 1881 in Stuttgart, gefallen im Oktober 1918. Zuletzt Mitglied in Stuttgart.
  - Willy Schübelle**, geb. 31. 12. 1898 in Vietriheim, gefallen im Oktober 1918. Zuletzt Mitglied ebenfalls in Stuttgart.
  - Maximilian Staudacher**, geb. 28. 10. 1874 in Lindau, im Lazarett gestorben am 28. 10. 1918. Zuletzt Mitglied in Nürnberg-Fürth.
  - Carl Flege**, geb. 12. 11. 1888 in Reddinghausen, im Lazarett gestorben am 5. November 1918. Zuletzt Mitglied in Düsseldorf.
  - Adolf Klentz**, geb. 18. 9. 1891 in Hannover, gefallen im Oktober 1918. Zuletzt Mitglied in Hannover.
  - Otto Sedat**, geb. 9. 7. 1900 in Hannover, im Lazarett gestorben im Oktober 1918. Zuletzt Mitglied ebenfalls in Hannover.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!

**Anzeigen**

finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingezahlt ist.

**Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer**

Zwei Bände in eleganten Original-Einbänden.

Preis für Mitglieder: 1. Band vergriffen. 2. Band 2,80 Mk.  
für Nichtmitglieder: 1. Band vergriffen. 2. Band 4,80 Mk.

Der Verband erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 631, Postfachkonto Nr. 23210, zu richten.